

LinksBlick

Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Bedingungsloses Grundeinkommen

Für Kinder und Jugendliche

In Vorbereitung der Bundestagswahl 2009 entwickelte die Bundesarbeitsgemeinschaft „Grundeinkommen“ der Partei DIE LINKE ihre Vorstellungen von einem bedingungslosen Grundeinkommen. Das Konzept basiert auf der „lückenlosen Absicherung von der ‚Wiege bis zur Bahre‘“ und teilt sich in vier Lebensabschnitte:

- Kindheit und Jugend
- Ausbildungszeiten
- Altersabschnitt bis zur Rente
- Rentenalter.

Es gilt der Grundsatz: Absicherung der Existenz und gesellschaftlichen Teilhabe. Deshalb soll kein Erwachsener weniger als 800 Euro haben, kein Kind/Jugendlicher bis zum 18. Lebensjahr unter 420 Euro/Monat. Nach meiner Auffassung macht sich eine Partei zum ersten Mal Gedanken, wie Kinderarmut zu verhindern ist. Die Hartz-IV-Praxis in Deutschland bleibt weit unter diesem Wert.

DIE LINKE stellt fest: „Das soziokulturelle Existenzminimum für junge Menschen, welches nach Auffassung der Fraktion DIE LINKE bei 420 Euro liegt, ist laut Bundesverfassungs-

gericht steuerfrei zu stellen Das Kindergeld bzw. entsprechende steuerliche Freibeträge, die derzeit die höher verdienenden Eltern bevorzugen, entfallen ersatzlos.“ Daher kann das Grundeinkommen aus diesen nicht mehr benötigten Mitteln bestritten werden.

Gleichzeitig plädiert DIE LINKE für infrastrukturelle und personelle Voraussetzungen, um Eltern und Kindern „... ein qualitativ hochwertiges Betreuungs- und Erziehungsangebot im Vorschulalter zur Verfügung...“ zu stellen.

Die schulische Bildung – Bildungsstrukturen und -inhalte – sollen „konsequent demokratisiert“ werden.

Das wäre richtig eingesetztes Geld, um gleiche Bildungs- und Lebenschancen für alle Kinder zu sichern. Niemand möge behaupten, dafür sei kein Geld vorhanden in Zeiten leerer Kassen. Auf die richtige Verteilung kommt es an. Muss die BRD ihre Nase in alle „Krisengebiete“ stecken?

Außerdem: Herrn Wulffs „Ehrensold“ einschließlich Zusatzkosten (ca. 480.000 Euro/Jahr) könnten hier sinnvoll eingesetzt werden.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 10

Zitiert ...

„Dies ist ird'sche Welt, wo Böses tun oft löblich ist, und Gutes tun zuweilen schädliche Torheit heißt.“

William Shakespeare

DIE LINKE.

EINER VON UNS

Im Gespräch mit Tina Senst

Tina: Ulrich, Du bist vielen unserer Genossen ein Begriff. Erzähl uns doch bitte etwas über Deinen Werdegang.

Ulrich: Ich wurde im Jahre 1942 in Berlin Lichterfelde-West geboren. Es war eine schwere Zeit, die letzten Jahre des Krieges und die Nachkriegszeit. Ich hatte einen wesentlich älteren Bruder und Eltern, die zu mir standen, und erlebte eine unbeschwerte Kindheit.

Leider verlor ich meine Eltern zu früh. Mein Vater verstarb bereits 1961, meine Mutter 1972.

Tina: Du bist ein durch und durch politischer Mensch. Ist Dir dies bereits in die Wiege gelegt worden?

Ulrich: Nun ja, meine Eltern kamen beide aus der SPD und waren dann führend bei der Gründung der SED in den Anfangsjahren. Aufgrund dieser Erziehung wurde ich 1961 Kandidat der SED, 1963 Mitglied. Ich bin noch heute Mitglied der LINKEN.

Tina: Erzähl uns von Deinem beruflichen Werdegang.

Ulrich: Nach dem Russisch- und Geschichtsstudium an der Humboldt-Universität arbeitete ich nur wenige Jahre in dem Beruf als Lehrer. Hauptsächlich war ich im Neuererwesen in Luckenwalde tätig, absolvierte in dieser Zeit auch ein postgraduales Studium. Nach dem Anschluss an die BRD gab es diese Tätigkeit nicht mehr und meine Alternative war Wachmann auf Baustellen. Hier habe ich dann noch den Abschluss als IHK-geprüfte Fachkraft gemacht, was aber für den geringen Lohn in diesem Bereich nicht von Bedeutung war.

Tina: In der Tat, eine wechselvolle Entwicklung. Dein Privatleben ist sicher ebenso interessant ...



Ulrich Wunderlich

Ulrich: Das erste Mal war ich von 1971 bis 1985 verheiratet. Meine damalige Frau brachte zwei Söhne mit in die Ehe, die ich wie meine eigenen Kinder aufzog.

Die zweite Eheschließung fand 1999 statt, wir lebten aber bereits seit 1990 zusammen. Nun waren es wieder zwei Kinder, die aber schon fast erwachsen waren. Dann folgten die Enkelkinder, so dass ich nun auch Opa bin.

Mein Bruder verstarb schon 2009 im Alter von 81 Jahren. Genau an seinem 18. Geburtstag kam er zu Hause an, dem Krieg körperlich unverletzt entronnen. Froh bin ich darüber, dass meine Generation niemals in einem Schützengraben liegen musste.

Tina: Ulrich, Du wohnst in einem wunderschönen alten Haus in Deiner Heimatstadt Trebbin. Sicher gibt es auch darüber Interessantes zu berichten.

Ulrich: Schon seit Anfang der 90er Jahre haben wir mit dem erneuten Umbau meines aus dem Jahre 1790 stammenden Elternhauses begonnen. Das war nicht immer leicht, zumal meine Schichten, überwiegend in Berlin, in der Regel zwölf Stunden

betrogen.

Aber meine Frau hat mich aufgrund ihrer pädagogischen Ausbildung motiviert und viele Freunde haben uns geholfen. Das Grundstück ist über 1.000 m² groß, so dass die sportliche Betätigung nicht zu kurz kommt. Auch hält es mich gesund und fit, was in meinem Alter immer wieder neu erkämpft werden muss. Die bekannte Redewendung „Rentner haben niemals Zeit!“, gilt auch für mich.

Tina: Wann begann Deine offizielle Rentenzeit?

Ulrich: Nach kurzer Arbeitslosigkeit wurde ich 2004 Rentner und konnte mich dadurch noch mehr gesellschaftlich einbringen, weil ich eine bessere Welt als die heutige anstrebe.

Tina: Dein beruflicher Weg war - wie bei so vielen Menschen Deiner Generation - durch die politischen Entwicklungen in der Wendezeit geprägt. Wie war das bei Dir?

Ulrich: Eine schlimme Zeit erlebte ich 1989/90, noch im VEB Feuerlöschgerätewerk Luckenwalde beschäftigt. Bei der Aussprache zum Parteibuchumtausch war ich für einen Sonderparteitag, da Veränderungen dringend notwendig waren. Ich hatte schon aufgrund meines Widerstandes gegen die Falschmeldungen im Neuererwesen im VEB Kraftverkehr eine andere Tätigkeit für vier Wochen übertragen bekommen - Holzhacken. Die Kollegen nahmen zuerst an, ich hätte einen Ausreisantrag gestellt.

Vom Versuch einer Wende kam es zum Beginn einer politischen Revolution, die einem Aufbruch gleichkam. Ich unterschrieb den Aufruf „Für unser Land“.

Leider folgte eine kapitalistische Konterrevolution, die mit dem An-

Haushaltsberatung im Kreistag

Auszüge aus der Rede von Jürgen Akuloff

schluss der DDR an die BRD endete. Es war keine Vereinigung von souveränen Staaten.

Die Hoffnungen vieler Menschen, die mich damals auch beschimpften und angriffen, weil ich für eine nichtkapitalistische Alternative war, haben sich in vieler Hinsicht nicht erfüllt. Sie sehen heute die Gegenwart fast so wie ich.

Tina: *Du bist Basisvorsitzender der LINKEN in Trebbin und seit Jahren Mitglied des Landeskoordinierungsrates der Kommunistischen Plattform. Was überzeugt Dich heute an der LINKEN?*

Ulrich: Ich finde es gut, dass DIE LINKE eine pluralistische Partei ist, in der verschiedene Gruppierungen vertreten sind.

Tina: *Gibt es außerhalb der Partei weiteres ehrenamtliches Engagement?*

Ulrich: Natürlich! Seit 1993 bin ich Mitglied der ROTEN HILFE. Sie wurde bereits in der Weimarer Republik gegründet und ich propagiere ihre Aufgaben. So geht die Organisation u.a. gegen den Machtmissbrauch der Medien vor, unterstützt politische Gefangene und analysiert Geschichte und Funktion des Verfassungsschutzes.

Tina: *Neben Deinem politischen Engagement muss auch noch Zeit für den großen Garten und die Familie bleiben. Schaffst Du das?*

Ulrich: Esrtaunlicherweise, ja. Die Enkelkinder sind oft in den Ferien zu Besuch. Jetzt beginnt der Frühling und der Garten fordert Zuwendung. Zu guter Letzt bin ich noch im Heimatverein, auch um das Jubiläum meiner Heimatstadt mit vorzubereiten. Trebbin ist älter als Berlin und wird im Jahre 2013 800 Jahre alt. Es ist wichtig, dass man mit der Region, in der man lebt, eng verbunden ist. <

Wohl noch keine Haushaltsberatung hatte so richtungweisenden Charakter, denn trotz konstanter Bestplatzierung des Kreises in Rankings ist in der Kreiskasse Ebbe. Vermutlich niemand will auf die maustrüchtige B101, das moderne Kreishaus oder kilometerweise Skaterstrecken verzichten. Was jedoch unsere Fraktion vor Jahren angekündigt hat, und hier verweise ich auf die mahnenden Worte unseres langjährigen Fraktionsmitgliedes Günther Thiel, ist leider Realität geworden.

Wir haben uns übernommen und verschuldet - Verwaltung, Gemeinden und der Kreistag sitzen in einem Boot.

Für uns ist wichtig:

1. Mit dem ausgeglichenen Haushalt ist die finanzielle Leistungs- und Handlungsfähigkeit des Kreises zu gewährleisten.

2. Der gesamte Verwaltungsablauf hat als Kernstück die Haushaltskonsolidierung mit Begleitcontrolling und transparenter Rechenschaftslegung zum Hauptinhalt.

3. Der Leistungs- und Kostenvergleich muss zur Überprüfung der Kostenstruktur für Einzelprodukte führen. Es muss nachvollziehbar sein, mit welchem Aufwand wir unsere Leistungen finanzieren.

4. Der Kreistag ist direkt bei der Personalzuständigkeit zu beteiligen. Hierzu ist die Hauptsatzung zu prüfen.

5. Bei der Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung sind Zeitrahmen für die Umsetzungen zu schaffen.

6. Aufgrund der Stellungnahme des Innenministeriums werden freiwillige Leistungen einer Prüfung unterzogen, um diese unter Nutzung sozialer Kriterien weiterzuführen, auch mit dem Solidargedanken zwischen den Kommunen mit unterschiedlicher Finanzausstattung.

Der Haushalt 2012 ist ausgeglichen zu einem Preis, der ein Risiko ein-

schließt. In allen Bereichen wurden Ansätze so weit zurückgeschraubt, dass kaum bzw. keine Sicherheiten mehr vorhanden sind.

Mehrere Fachämter signalisierten, dass Einsparungen durch Zurückstellung von Maßnahmen erreicht wurden. In den nächsten Jahren werden diese wieder eingebracht werden müssen.

Um in den kommenden Jahren einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, ist die Debatte zur Konsolidierung fortzusetzen.

Alle freiwilligen Leistungen des Kreises gehen auf Beschlüsse des Kreistages zurück. Jetzt fordert jedoch das Innenministerium, diese Leistungen einzusparen. Aus unserer Sicht müssen wir uns darüber verständigen, wie wir diese Leistungen inhaltlich bestimmen und nicht nur einfach der Forderung zur Reduzierung folgen.

Eine freiwillige Leistung ist z. B. auch die Finanzierung von Selbsthilfeangeboten, bei der wir in der gleichen Höhe Mittel der Pflegekassen mobilisieren können. Streichen wir unseren Teil, fällt auch die andere Seite weg.

Die Forderung nach Personaleinsparung, wie von der CDU und teilweise von der SPD erhoben, ist kontraproduktiv, um Arbeitslosigkeit zu vermeiden und für eine sozialverträgliche Personalreduzierung zu sorgen.

Sicher kann man jetzt argumentieren, dass wir z. Z. einen ausgeglichenen Haushalt haben. Das enthebt uns jedoch nicht der Pflicht, die Überlegungen in Richtung Einsparung voranzutreiben.

*Jürgen Akuloff,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE.
im Kreistag Teltow-Fläming*

*Die vollständige Rede und viele weitere interessante Informationen finden Sie im Internet unter:
www.dielinke-teltow-flaeming.de/kreistagsfraktion*

Neues aus dem Landtag

Kein Flughafenasyilverfahren hier und anderswo!

Die Landesregierung soll sich weiterhin gegenüber dem Bund für eine bundesweite Abschaffung des sogenannten Flughafenasyilverfahrens einsetzen. Dieses Verfahren gibt es seit 1993 am Flughafen Schönefeld. Mit der Eröffnung des neuen Flughafens soll es, so will es die Bundesregierung, dort fortgesetzt werden.

Die Flüchtlinge müssen dann auf dem Flughafengelände ihr Asylbegehren vortragen und bis zu einer Entscheidung dort warten. Die entscheidende Stelle hat dann nur zwei Tage Zeit, über den Asylantrag zu befinden. Bei einer Ablehnung verbleiben den Asylbewerbern nur drei Tage für eine Klage. So wird das Recht auf Asyl gefährdet. Menschenrechtsverbände, Kirchen und Flüchtlingsräte fordern seit Jahren die Abschaffung des Flughafenverfahrens, da es sich in humanitärer Hinsicht, aber auch in der rechtlichen Qualität von dem Asylverfahren, das Flüchtlinge im deutschen Inland durchlaufen, deutlich unterscheidet. Auch aufgrund der geringen Zahl der Flüchtlinge, die davon betroffen sind, kann aus Sicht der LINKEN auf dieses Verfahren verzichtet werden. Der Antrag von DIE LINKE, SPD und Grünen wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Parlamentarier-Tag

Der Parlamentarier-Tag Nr. 2 der LINKEN - diesmal in Kiel - war wieder ein intensives Arbeitstreffen von Abgeordneten aus den Parlamenten - die drei Themen-Workshops inbegriffen. Den zum „Europäischen Sozialstaatsmodell“ moderierte Brandenburgs Fraktionsvorsitzende Kerstin Kaiser.

Die Workshop-Teilnehmer sprachen sich am Ende dafür aus, auf europäischer Ebene gemeinsam soziale Standards zu formulieren. Dabei müssten die LINKEN an die tagtägli-



chen Erfahrungen der Menschen anknüpfen und diese Standards stärker als eine Frage der Umsetzung von Menschenrechten darstellen.

DIE LINKE muss dabei nicht nur bestehende soziale Standards verteidigen: Vielmehr geht es um die Dreieinigkeit von Verteidigung des Bestehenden, Wiederherstellung des bereits Verlorenen und Erneuerung von Standards und Systemen unter den heutigen Bedingungen. Mit einer solchen „Europapolitik plus“ könnten wieder breitere Wählerschichten in Europa für linke Ansätze gewonnen werden.

Rabbinerausbildung stärken

Auf Initiative unserer Fraktion nahm der Landtag einstimmig einen fraktionsübergreifenden Antrag an. Er fordert die Fortsetzung der Ausbildung von Rabbinern am Abraham-Geiger-Kolleg in Brandenburg, bittet die Universität Potsdam, die Kooperation mit dem Kolleg weiter zu intensivieren und alle Maßnahmen zur Institutionalisierung der jüdischen Theologie zügig zu beraten. Zugleich hat der Landtag damit die Landesregierung beauftragt, die Institutionalisierung der jüdischen Theologie an der Universität Potsdam zu unterstützen. Damit ging vom Landtag ein starkes politisches Signal aus, das Willen und Verpflichtung des Landes dokumentiert, Rabbinerausbildung und Kolleg in Potsdam zu halten und zu stärken. Das halte ich angesichts der konkurrierenden Bewerbungen aus Bayern und Thüringen für überaus wichtig. <

Die Stadtfraktion Luckenwalde berichtet

Bürgerhaushalt 2013?

Unsere Anregung im letzten Finanzausschuss, mit der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow in Kontakt zu treten, da diese schon seit 2010 einen Bürgerhaushalt hat, wurde durch die Verwaltung aufgegriffen. Die Gesprächsergebnisse sollen im April vorgestellt werden. Außerdem ist ein Gedankenaustausch mit Mitgliedern des Finanzausschusses in Blankenfelde vorgesehen.

Berkenbrücker Chaussee scheinweise

Obwohl schon am 28.02.2012 zum Haushaltsbeschluss bekannt, hat die Verwaltung über das Ausbleiben der Fördermittel für diese Straße erst am 6. März 2012 im Wirtschaftsausschuss informiert. Wiederholte bewusste Informationszurückhaltung als Arbeitsstil der Verwaltung?



KLAB muss bleiben

Der Schmelzbrand in dieser Freizeiteinrichtung ist der Verwaltung willkommen Anlass, über eine Schließung nachzudenken. Sicherlich haben die Jugendlichen und der Träger Fehler gemacht, aber jeder hat eine zweite Chance verdient. So sieht es zumindest die Mehrheit im zuständigen Ausschuss und auch unsere Fraktion.

*Manfred Thier,
Stadtverordneter*

Wahre Zusammenhänge erkennen

Das Interesse am angekündigten Vortrag des Deutsch-Chinesischen Freundschaftsvereins Ludwigsfelde war groß. Die Teilnehmer kamen aus nah und fern, der Raum war gut gefüllt. Der Vorsitzende des Vereins, Dr. Gruschka, sprach zum Thema „Das Verhältnis der USA zur Volksrepublik China“.

Es wurde deutlich, dass die USA weiter an ihrem Hegemoniebestreben auf ökonomischem und militärischem Gebiet festhalten. Daher ist es wichtig zu wissen, dass damit auch die Entwicklung und der Fortgang des Weltgeschehens beeinflusst werden. Die USA haben anfangs die Volksrepublik China mit ihrem Fünftel der Weltbevölkerung als einen neuen gigantischen Absatzmarkt gesehen. Präsident Clinton sprach von einer „Einbahnstraße“ zugunsten der USA. So sollte China ökonomisch abhängig bleiben. Dieses Projekt ist gescheitert und wird weiter scheitern.

Dank einer klugen Wirtschafts-

und Finanzpolitik ist es China gelungen, eine außerordentlich gute wirtschaftliche und technologische Entwicklung zu realisieren und zur zweiten Wirtschaftsmacht der Welt zu wachsen. Der Präsident der USA



– Friedensnobelpreisträger Obama – hat 2010 eine „Neue Sicherheitsstrategie“ festgelegt. Der strategische Hauptstoß ist gegen China gerichtet, um es international zu isolieren. Erst im Januar 2012 hielt Obama eine Rede zur Lage der Nation und stützte sich auf das Strategiepapier des Pentagon. Da heißt es u.a. „... auf lange Sicht enthält Chinas Aufstieg zu einer Regionalmacht das Potenzial, die US-Wirtschaft und unsere Sicherheit in mehrfacher Hinsicht zu beeinflussen ...“. Die Haltung der Volksrepublik China beinhaltet aber nach wie

vor eine Politik der friedlichen Koexistenz aller Völker und lehnt den Krieg als Mittel der Politik ab. Es strebt eine multipolare Welt an.

Zusammengefasst muss man feststellen: Es geht um eine Systemauseinandersetzung. Der Volksrepublik China geht es um die reale Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung im 21. Jahrhundert. Die USA aber streben eine unipolare Welt unter ihrer Machtausübung an. Darum ist es notwendig, dass jeder, der sich für Frieden und Völkerverständigung einsetzt, die weitere Gestaltung der Beziehungen der USA zur Volksrepublik China verfolgt und die wahren Ursachen erkennt und aufdeckt.

Im Anschluss an den Vortrag wurde eifrig diskutiert, wurden Fragen gestellt und beantwortet. Der Inhalt des Vortrages mit den sorgfältig recherchierten Fakten und Aussagen fand eine gute Resonanz.

Marlis Nimz, Vorstandsmitglied des Deutsch-Chinesischen Freundschaftsvereins Ludwigsfelde

Frauentag in der Region



Lächelnde Gesichter in Jüterbog

Maritta Böttcher, Jochen Kutschera und Petra Haase waren am 8. März 2012 in Jüterbog unterwegs, um in der Sozialstation E. Müller, der Lokalredaktion der „Märkischen Allgemeinen“, dem Nachbarschaftsheim und der Firma Werbegrad den Frauen zum Internationalen Frauentag zu gratulieren. Überall spürten wir die Freude über die gelungene Überraschung. <

Die BO Mahlow feierte mit über 70 Gästen, so vielen wie noch nie. Der Entertainer und „Eulenspiegel“-Autor Ernst Röhl las aus seinen Büchern und begeisterte nicht nur die Damen. Bei einem Gläschen Wein, Kaffee und Kuchen klang die Veranstaltung zum Internationalen Frauentag aus. Die



In Mahlow gab es rote Rosen

BO Mahlow bedankt sich bei allen Helfern und Sponsoren, besonders für die Bereitstellung der kostenlosen Kuchen und Torten. <

In Ludwigsfelde ist es eine schöne Tradition geworden, den Frauentag in einer feierlichen Kaffeerunde zu



M. Böttcher dankt Angelika Linke

begehen. Die Älteste der Teilnehmerinnen, Genn. Paula Schreiber sprach mit ihren 92 Jahren über das Gefühl der Zugehörigkeit und die Einsamkeit im Alter – ein sehr bewegender Moment.

Ein gelungener Nachmittag, eben Tradition, das bedarf der Wiederholung, im nächsten Jahr! <

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Bundespräsidentenwahl

Die Bundesversammlung hat entschieden. Joachim Gauck, der Kandidat einer neoliberalen Fünf-Parteien-Koalition, ist neuer Bundespräsident. Beate Klarsfeld erhielt 126 Stimmen - drei mehr als DIE LINKE Wahlfrauen und -männer hatte. Joachim Gauck wurde bei 108 Enthaltungen von CDU, CSU, SPD, Grünen und FDP gewählt.

„Sie ist die mutigste Frau, die ich kenne. Sie war immer auf der Suche nach der Wahrheit, die keiner sehen wollte“, sagt Arno Klarsfeld nach der Wahl des Bundespräsidenten am 18. März über seine Mutter. „Ich bin in den vergangenen Tagen sehr oft gefragt worden: Warum kandidieren Sie? Warum tun Sie sich das an? Meine Kandidatur sei chancenlos, wird behauptet. Für mich lebt Demokratie von Alternativen. Ich bin eine Alternative zur Kandidatur von Joachim Gauck. Er gilt als ein Mann des Wortes. Ich bin eine Frau der Taten. Und ich denke, dass meine Kandidatur eine Diskussion in der Bundesrepublik angefacht hat. Sie nahm ihren Anfang in den 1968er Jahren und sie ist offensichtlich noch immer nicht aufgearbeitet, weil die Geschichte der NS-Verbrecher in der Bundesrepublik noch immer tabuisiert wird. Ich sage ganz deutlich: Die DDR hat mich als Nazijägerin unterstützt, die Bundesrepublik hat Kriegsverbrecher bezahlt. Auf der Gehaltsliste des BND standen Naziverbrecher wie Klaus Barbie, Alois Brunner und Franz Rauff. Wer diesen Zusammenhang verschweigt, will seine eigene Schuld vertuschen.“ (Kolumne B.Klarsfeld)

Neuwahlen auch in NRW

Die rot-grüne Minderheitsregierung in Düsseldorf fand keine Mehrheit für ihren Etat 2012. Neben FDP und CDU lehnte auch DIE LINKE den Entwurf ab - was zum Crash der Regie-

rung und zur Auflösung des Landtages führte. Zuletzt stand DIE LINKE vor einer unkomfortablen Alternative: Entweder einen Kürzungshaushalt mittragen oder das Ausscheiden aus dem Landtag riskieren. Das war konsequent. Die Wählerinnen und Wähler werden verstehen, warum DIE LINKE den Haushalt ablehnen musste. Sie gaben der Minderheitsregierung eine Chance, machten ihr frühzeitig deutlich, dass sie Anforderungen an den Haushalt haben und über vier Themen verhandeln wollen. Die Themen waren seit zwei Monaten bekannt: Ein bezahlbares Nahverkehrs-Sozialticket für 15 Euro, mehr Geld für Kitas, Kommunen und sozialen Wohnungsbau.

Vor kurzem entsetzte sich ganz Deutschland noch über die Hochburg der Kinderarmut, nämlich das Ruhrgebiet. Nun wollte Rot-Grün das Programm gegen Kinderarmut um 70 Prozent kürzen. Milliarden werden bereitgestellt für die Rettung der maroden WestLB, doch die Millionen für die Armutsbekämpfung werden zusammengestrichen. Das zeigt deutlich: Die Minderheitsregierung war nicht bereit, eine soziale Politik in NRW umzusetzen. SPD und Grüne reden gern von der Armutsbekämpfung. Aber das zu verwirklichen - dazu sind sie nicht bereit.

Praxisgebühr war in jeder Hinsicht ein Holzweg

Das Einzige, was sie erreicht hat, ist es, insbesondere die Arbeitgeber von Beiträgen zu entlasten. Seit Einführung der Gebühr haben kranke Menschen 16 Milliarden zusätzlich bezahlt und damit de facto deutlich mehr als die derzeitigen Überschüsse im Gesundheitsfonds aufgebracht. Schäubles Griff nach dem Geld aus dem Gesundheitsfonds ist so auch ein Diebstahl am Geld der Kranken. Statt einer Gesundheitspolitik nach



Kassenlage muss der aktuell günstige Zeitpunkt genutzt werden, um die Praxisgebühr endlich abzuschaffen.

Regierungsfähig im Bund?

„Wir wollen regieren, um den Sozialstaat wieder aufzubauen. Nehmen Sie die Altersversorgung: Wir wollen eine Rente, von der man im Alter leben kann. Die SPD hat mit CDU, FDP und Grünen die Rentenformel zerstört. Wer heute 1.000 Euro verdient, hat einen Anspruch auf 400 Euro Rente. Davon kann man nicht leben. Immer mehr Menschen arbeiten im Niedriglohnsektor. Vier Millionen verdienen weniger als sieben Euro die Stunde. Eine Folge von Hartz IV.“ (Oskar Lafontaine)

Das ist doch ein Ansporn, alles zu tun, mehr Einfluss zu gewinnen und so ein Stück sozialen Frieden wiederherzustellen. <



Clara-Zetkin-Frauenpreis

Wie schon im vergangenen Jahr erhielt ich auch dieses Mal vom Parteivorstand eine Einladung zur Preisverleihung. Das Palais der Kulturbrauerei gab den festlichen Rahmen, musikalisch unterstützt durch recht lautstarke rhythmische Posaunenklänge der Venus Brass Band.

Die Vorsitzende, Gesine Löttsch, begrüßte uns, besonders herzlich die Ehrengäste, Esther Bejarano, eine Auschwitzüberlebende, und Beate Klarsfeld, unsere Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten.

In ihrer Ansprache würdigte sie Clara Zetkin, ihren Kampf für die Rechte der Frau als Teil der gesamten gesellschaftlichen Entwicklung. So soll der 8. März ein internationaler Tag sein und bleiben, der uns auch diese große, verdienstvolle Kämpferin gegen Krieg und Faschismus, Freundin von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht näher bringt und Vorbild ist.

Über 50 Bewerbungen waren für

den Preis bei der Jury eingegangen, neun Projekte wurden nominiert, so z.B. Rockcamp für Mädchen, eine Kriseneinrichtung für Mädchen mit Migrationshintergrund, ein feministisches Gesundheitszentrum für Frauen, ein interkultureller Frauengarten u.v.m. .

Den Preis erhielt auf Vorschlag von Sarah Wagenknecht die Düsseldorfer Flüchtlingsinitiative „keine Schwangerschaft ist illegal – STAY!“. Sie kümmert sich um Frauen, die ohne gültige Papiere und ohne Arbeitserlaubnis hier leben, ermöglicht ihnen auf Wunsch anonyme Geburt, kostenlose gesundheitliche Betreuung, sorgt sich um die Kinder. Diese Entscheidung der Jury wurde von uns allen mit Beifall begrüßt.

Den Ehrenpreis erhielt Esther Bejarano. Sie überlebte Auschwitz als Mitglied eines Mädchenorchesters, leistete Zwangsarbeit in Ravensbrück. Sie lebte lange in Israel, kam

dann zurück nach Deutschland. Ihr Motto lautet: „Untaten von gestern verlangen Taten von heute“. Sie ist Mitbegründerin und Vorsitzende des deutschen Auschwitz-Komitees. So kämpft Sie um die Herzen und Hirne der Menschen, gegen Rassismus und Faschismus in jeglicher Verpackung. Die Laudatio für sie hielt Beate Klarsfeld. Beide Frauen, die so vieles verbindet, begegneten sich hier zum ersten Mal persönlich – es war für sie wie auch für uns ein bewegender Moment.

Die Teilnahme an dieser Veranstaltung war für mich ein wunderbares Geschenk, sie gab mir neue Denkanstöße und verdeutlichte mir wieder, wie komplex die Probleme von Frauen sind und dass nach wie vor August Bebel's Wort von 1869 gilt:

„Die Zukunft gehört dem Sozialismus; das ist in erster Linie dem Arbeiter und der Frau“.

Christa Zernick, Am Mellensee

Eine Schule im Grünen – Dobbrikow

Leere Kassen, auch die der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, führen z. T. zu abwegigen Überlegungen. Zunächst werden die „Freiwilligen Aufgaben“ unter die Lupe genommen. Da ist es für Landrat Giesecke naheliegend, das Schullandheim „Haus am See“ in Dobbrikow zu schließen, eine ziemlich scheinheilige „Verlegung“ nach Glashütte in die dortige Jugendherberge zu planen und das Grundstück in Dobbrikow zwecks Konsolidierung des Kreishaushaltes gewinnbringend zu veräußern.

Mal abgesehen davon, dass die Gemeinde Nuthe-Urstromtal den Sachverhalt aus der Presse erfuhr – eine „demokratische“ Art des Umgangs mit Bürgern und Personal – hat sich der Bildungsausschuss unserer Ge-

meinde strikt gegen dieses Vorhaben des Landrats ausgesprochen.

Unsere LINKE Bürgermeisterin, Monika Nestler, wandte sich an den Landrat mit einem Offenen Brief, den sie gleichzeitig an alle Kreistagsabgeordneten sandte. Darin macht sie darauf aufmerksam, „dass ein gewinnbringender Verkauf der Liegenschaft“ ausscheidet, weil beim Kauf durch den Kreis „ausschließlich eine Nutzung im Kinder- und Jugendbereich“ festgelegt war.

Das Schullandheim hat durchschnittlich eine Auslastung zwischen 65 und 70 %, bereits jetzt gibt es Voranmeldungen bis 2014. Die Umnutzung der Glashütter Jugendherberge in ein Schullandheim bedeutet einen nicht unerheblichen Kostenaufwand, ganz gleich in welcher Form es dann

besteht. Dobbrikow wird durch kreisliche Kitas und Grundschulen, aber auch durch im Süden Berlins bestehende Einrichtungen genutzt. Immer wird das Konzept der Erzieherinnen gelobt, die Kinder sind begeistert. Das Haus gehört zur Infrastruktur unserer Gemeinde, ist eine unserer Perlen.

Auch der Kreisvorstand DIE LINKE. Teltow-Fläming wandte sich in seiner Sitzung am 05.03.2012 gegen das Vorhaben des Landrats.

Wie schnell wird über die Köpfe der Betroffenen hinweg entschieden!

Ich erwarte, dass der Kreistag solch einem Vorhaben die Zustimmung verweigert. Es geht wieder einmal um Kinder!

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Klausur des Landesvorstandes

Erkner, am 9. und 10. März 2012

Der im Februar auf dem Landesparteitag in Blossin frisch gewählte Landesvorstand (LV) kam für seine Konstituierung zu einer zweitägigen Klausur im Bildungszentrum Erkner zusammen. Als neues Mitglied des Gremiums war ich mit von der Partie. Als Erstes stand Organisatorisches, also die Geschäftsordnung und die Verteilung der Zuständigkeits- und Aufgabenbereiche, an. Unser Kreisverband wird erwartungsgemäß von mir betreut und ich fungiere im LV als Ansprechpartner für das „kommunalpolitische forum“ und die Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt.

Der Auswertung des Landesparteitages mit seinen Beschlüssen folgte die Vorstellung der von uns bei TNS Emnid in Auftrag gegebenen Umfrage. Im Anschluss verständigten wir uns zu den aktuellen Entwicklungen beim Vergabegesetz des Landes und fassten den Beschluss, dass die Lohnuntergrenzen desselbigen auch bei Postdienstleistern gelten müssen.

Ein Bericht über dortige Missstände war vor Kurzem der Presse zu entnehmen.

Ebenso wie die Bundespartei solidarisierten wir uns mit den Beschäftigten von Schlecker und stellten fest, dass gerade der Erhalt der Filialen im ländlichen Raum eine große Bedeutung hat.

Im nächsten Tagesordnungspunkt berichtete unser Europaabgeordneter, Helmut Scholz, über die Entwicklungen in der Europäischen Linksfraktion nach dem Rückzug Lothar Biskys vom Fraktionsvorsitz.

Laut einer Info wird die Regionalkonferenz des Parteivorstandes für Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt mit den Vorstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten für den Parteivorsitz am 12. Mai in Leipzig stattfinden und im zweiten Halbjahr 2012 soll auf Beschluss des LV an einem Samstag eine europapolitische Konferenz im Rahmen der Leitbilddebatte stattfinden. Am anschlie-

ßenden Sonntag ist am gleichen Ort ein Landesparteitag geplant. Um eine inhaltliche Konzeption hierzu wurden verschiedene Gremien gebeten.

Per Beschluss unterstützen wir die Bloccupy-Proteste und rufen unsere Mitglieder und Sympathisanten auf, sich an den Protestaktionen „Bloccupy Frankfurt/Main“ vom 17.-19. Mai in Frankfurt/Main zu beteiligen. Die Kreisverbände werden gebeten, gemeinsame Anreisemöglichkeiten zu schaffen bzw. anderweitig die Teilnahme zu unterstützen. Der LV stellt zudem 3.000 € zur Verfügung, um Aktivitäten am Aktionstag oder die Organisation von Bussen zu subventionieren. Abschließend verständigten wir uns darauf, die Kreisverbände zu ermutigen, sich im Rahmen der Europa-Woche mit Infoständen und Veranstaltungen des Themas Europa anzunehmen. Anfang Mai wird es dazu eine Materialverschickung geben.

*Felix Thier, Mitglied des LV
DIE LINKE. Brandenburg*

Erkenntnisreicher Neujahrsempfang

Da der Luckenwalder Gebietsverband regelmäßig politische Bildungsabende mit Hilfe der Rosa-Luxemburg-Stiftung des Landes Brandenburg durchführt, hatten auch wir eine Einladung zum Neujahrsempfang der RLS erhalten. Aus meiner geringen Erfahrung mit Neujahrsempfängen ragt dieser besonders heraus.

Die RLS, die linkes Gedankengut verbreiten will und verbreitet, schafft das auch bei einem Neujahrsempfang. Zunächst wird Jahr für Jahr der „Wissenschaftliche Förderpreis der RLS Brandenburg“ verliehen. Ausgezeichnet werden damit Uni-Absolventen, deren Abschlussarbeiten sich auf Forschungsneuland begeben und preiswürdig sind. In diesem Jahr war es Tim Haberstroh, der die Ge-

staltung diplomatischer Beziehungen zwischen der DDR und Spanien von 1973 bis 1975 analysiert hat. Für mich interessant war die Laudatio seines Betreuers, Dr. Raimund Krämer von der Uni Potsdam, der u.a. sinngemäß äußerte, dass derjenige, der sich mit der Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auseinandersetze, nicht an der friedlichen Außenpolitik der DDR vorbeikomme.

Richtig spannend wurde es, als der damalige 1. Sekretär der DDR-Botschaft in Madrid, Otto Pfeiffer, einige Erinnerungen an diese Jahre dem Publikum im Kinosaal des Potsdamer Filmmuseums offerierte. „... und sie bewegt sich doch“ erinnerte mich sofort an Brechts „Leben des Gali-

lei“. Wir sahen den Dokumentarfilm zur Entstehung von Brechts Stück, gedreht 1978 von Kurt Tetzlaff. Probenszenen mit Ekkehard Schall als Galilei ließen den Inhalt sofort wieder lebendig werden. Da war er wieder, der logisch scharfe Bertold Brecht! Ich habe mich nur gefragt, warum dieser Film nicht für die Abiturstufe zur Verfügung stand. Oder war seine Existenz nur an mir vorbeigegangen?

Der darauf folgende Neujahrsempfang bot Josef Sagner, Verantwortlicher für die Bildungsabende, und mir noch Gelegenheit zu interessanten Gesprächen.

Wie gesagt: Ein erkenntnisreicher Neujahrsempfang!

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

In der Kontinuität

Ich traute meinen Augen nicht. Gerade waren die leidlichen Affären und der Skandal um den Ex-Bundespräsidenten vorbei, da sah ich in der Zeitung ein Foto, das ich schon einmal gesehen hatte - oder doch nicht? Ich hatte das Foto in Erinnerung, wo Wulff mit Carsten Maschmeyer und seiner Lebensgefährtin, der Schauspielerin Veronica Ferres, abgebildet war. Gerade Maschmeyer, der Tausende von Menschen mit seinen unlauteren Finanz-Anlagenversprechen um ihr Ersparnis gebracht hat, war der Intimus von Wulff. Nun plötzlich taucht ein neues Foto auf. Es ist fast identisch, nur dass Herr Gauck an Stelle von Wulff abgebildet ist. Der neue deutsche Präsident Gauck steht also in der Kontinuität der Reichen und der Abzocker. Nicht nur die beiden Fotos, bei denen man meinen könnte, sie wären Fotomontagen, machen Bedenken.

Auch die Aussagen von Gauck über seine Vorstellungen von der Gesellschaft, insbesondere seine Gedanken über die Benachteiligten und Geringverdiener, sind bezeichnend und widersprechen dem Anspruch eines Präsidenten, der für alle Deut-

schen eine Integrationsperson sein müsste. Auch sein inquisitorisches Wirken in der „Gauck-Behörde“ ist nicht dazu angetan, die Gesellschaft zusammenzuführen. Man denke nur daran, wie z. B. vor Wahlen und anderen wichtigen Ereignissen die Stasikeule geschwungen wurde, egal ob es stimmte oder nicht. Wir erinnern uns an die Kampagnen gegen Gysi, um ihm politisch den Todesstoß zu versetzen, oder an den peinlichen Vorfall im Bundestag, als mit Hilfe von Gauck verhindert werden sollte, dass Stefan Heym als Alterspräsident reden sollte. Das stellte sich später als Luftblase heraus.

Es ging also immer gegen die PDS und später gegen DIE LINKE. Und das in der Kontinuität des Antikommunismus, lt. Th. Mann die Grundtorheit des vorherigen Jahrhunderts (Es hat sich auch heute nichts geändert). Aber bis heute sind die kapitalistischen Freiheitsritter auf dem rechten Auge blind. Überall hatte Gauck seine Finger im Spiel. Gauck steht in dieser Kontinuität und plädiert für die Überwachung der LINKEN durch den Verfassungsschutz und lobt dabei Sarrazin. Die wenigen Beispiele zei-

gen, dass Gauck für die LINKEN nicht der Präsident ist, der die Gesellschaft eint.

Wir LINKE stehen in der Kontinuität des Antifaschismus. Auch deshalb bin ich auf meine Partei stolz, dass es ihr gelungen ist, Beate Klarsfeld als unsere Präsidentschaftskandidatin zu gewinnen. Auch wenn sie, wie zu erwarten war, nicht gewählt wurde. Für mich war es damals ein einschneidendes und prägendes Erlebnis, als Frau Klarsfeld den damaligen Bundeskanzler Georg Kiesinger, ob seiner aktiven Nazivergangenheit in aller Öffentlichkeit geohrfeigt hatte.

DIE LINKE hat in den vergangenen Jahren Beate Klarsfeld für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen. Wen wundert es, dass dieser Vorschlag abgelehnt wurde. Wir wissen, dass die Kandidatur zur Bundespräsidentin symbolisch war und lediglich ein Zeichen für mehr Demokratie für alle Bürger setzt und vor allem ein Symbol für ein wahrlich antifaschistisches Deutschland ist. Ich bin mir sicher, dass Gauck für viele Bürger nicht der Repräsentant aller Deutschen ist.

Dr. Rudolf Haase, Luckenwalde

Reise nach Israel und Palästina

Vom 5. bis 12. Januar 2012 war unter Leitung der 1. Parlamentarischen Geschäftsführerin der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, Dagmar Enkelmann, eine Delegation der Fraktionsvorsitzendenkonferenz und der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel und den palästinensischen Gebieten zu Gast.



Dr. Dagmar Enkelmann

Der Delegation gehörten Bundestags- und Landtagsabgeordnete sowie Mitarbeiter der Stiftung an. Die Delegation führte vor Ort Gespräche mit Vertretern des israelischen Parlaments und der palästinensischen Autonomiebehörde, verschiedener Parteien, zivilgesellschaftlicher Organisationen und Initiativen. Sie beschäftigte sich mit der Geschich-

te der Region - u.a. in Jerusalem, in der Westbank, in Ramallah und in Tel Aviv - und informierte sich über die aktuelle politische Situation, den Stand der Friedensverhandlungen und die Konflikte, zum Beispiel um den israelischen Siedlungsbau. Dagmar Enkelmann berichtet in einem Reisetagebuch aus Israel und Palästina. Zu finden ist das Reisetagebuch unter:

<http://www.linksfraktion.de/nachrichten/reise-israel-palaestina/>

Die Redaktion

Gekaufte Politik – geprelltes Volk

Abgeordnete werden gewählt, um das gesamte Volk zu vertreten. Doch: „Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing“.

Eine alte Weisheit, die zwar nicht für jeden immer zutrifft, aber in der Politik erschreckend zum Nachteil der breiten Bevölkerungsschichten, genutzt wird.

Durch einseitig und verdeckt agierenden Lobbyismus wird die Demokratie immer mehr ausgehöhlt und verhindert. Die Herrschaft des Volkes – Demokratie – wird immer nur so gut sein, wie sie das Volk immer wieder neu einfordert und durchsetzt.

In unserer repräsentativen Demokratie werden die Volksvertreter durch einseitigen Lobbyismus und unter Einsatz von riesigen Summen, zu Gunsten hochprofitabler Interessen beeinflusst.

Weil aber direkte finanzielle Zuwendungen an Volksvertreter, gekaufte Politik zu deutlich erscheinen lassen, haben sich Wirtschaftsverbände und Politprofis viel einfallen lassen, um ihre Zuwendungen zu verschleiern.

Da sind allgemein Parteifinanzierungen, die aber nicht nur aus offiziellen Spenden bestehen. Diese müssten, je nach Höhe der Geldsumme öffentlich gemacht werden und sind nur zu 50% von der Steuer absetzbar. Das umgeht man aber geschickt. Da werden Einnahmen aus Veranstaltungen, Druckschriften, Vermietung

von Stellplätzen für Firmenwerbung, Werbeanzeigen in Parteizeitungen und Schriften, Verkauf von Speisen und Getränken, Eintrittskarten und Ähnliches genannt.

Der normale Betrachter meint, so viel kann das nicht bringen. Weit gefehlt, denn Annoncen und Werbeflächen beispielsweise kosten das Zehn- bis Zwanzigfache als sonst bei Presse und Messen. Da werden Sommerfeste und Beach-Partys veranstaltet, bei denen keine Wünsche offenbleiben, damit sich Politiker, Pressevertreter und Wirtschaftsbosse „menschlich“ näherkommen können. Die CDU hat in NRW und Sachsen „Zukunftskongresse“ und „Denkfabriken“ veranstaltet, auf denen Wirtschaftsvertreter mit Spitzenpolitikern Kontakte pflegen können. Dabei wurden Preispakete zwischen 5.000 bis 20.000 €, für Privatgespräche mit CDU- Spitzenpolitikern, angeboten.

Das alles fällt auch unter Sponsoring und ist komplett steuerabzugsfähig. Sponsoringgelder werden in Rechenschaftsberichten der Parteien nicht gesondert ausgewiesen. Sie fallen unter „Sonstige mit Einnahmen verbundene Tätigkeiten“ und bringen etliche Millionen. Damit wird das seit 2002 strenger gestaltete Parteiengesetz zur Kontrolle von Spenden umgangen. Die Einnahmen der Parteien sind seither sogar wesentlich gestiegen, obwohl Wahlbeteiligung und

Mitgliedszahlen bei SPD und Union ständig sinken. Bei solchen Zuwendungsmöglichkeiten wird beispielsweise das Steuergeschenk der FDP an die Hoteliers verständlich.

Einerseits wird mit der Keule „Arbeitsplatzvernichtung“ gedroht, andererseits wird vielgestaltig um schnelle Profite geworben, denn da würden ja auch Arbeitnehmer einen Anteil bekommen. Das Resultat ist die sich immer weiter öffnende Reichtumsschere, Kinderarmut und zunehmende Billiglöhne, die zum Leben nicht reichen.

Das sind nur einige Beispiele von Beeinflussungen der Wirtschaft auf die Politik. Die Einflussnahme auf einzelne Politiker wird deshalb nach den bekannten Mustern weiterhin betrieben. Das fehlende Unrechtsbewusstsein haben die Geschehnisse um den zurückgetretenen Bundespräsidenten Wulff deutlich gezeigt. Dabei sind dessen offengelegte Verfehlungen noch relativ harmlos.

So wird Demokratie immer weiter verhindert und Wirtschaftseliten bestimmen zunehmend das Geschehen zum Nachteil des einfachen Volkes.

Wesentlich mehr und gut belegte Ausführungen können im Buch „Korrupt?“ von Mathew D. Rose, vom Heyne Verlag ISBN 978-3-453-18614-9 nachgelesen werden.

*Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf*

Auflösung BilderRätsel



Am 30. September 1891 nahm das Kaiserliche Post- und Fernmeldeamt in Luckenwalde den Dienstbetrieb auf.

Das eindrucksvolle im Neorenaissancestil errichtete 47 Meter lange und ohne Turm 14 Meter hohe Gebäude beherbergte auch die Fernsprechvermittlung und die dazuge-

hörigen technischen Anlagen des Fernsprechamtes.

Als in den 90er-Jahren das Postmonopol gebrochen und die Deutsche Telekom AG und die Postbank selbstständige Unternehmen wurden, wurde das Luckenwalder Postamt geschlossen und dem Verfall preisgegeben. <

An einem schönen Sommermorgen ...

Jeder - oder doch fast jeder - kennt Otto Mellies aus Film, Fernsehen und Theater. Diese Bekanntschaft kann man vertiefen und festigen, indem man sein Buch liest, seine Memoiren, in denen er auf eine große Schauspielerekarriere zurückblickt und die Geschichte seines Lebens mit berührender Offenheit erzählt.

Geboren 1931 in Ostpommern, erlebt er mit Eltern und sieben Geschwistern eine teilweise frohe Kindheit, danach Kriegs- und Nachkriegszeit voller Schrecken, Not und Grausamkeit.

In Schwerin, wo er bei seiner Schwester lebte, ging er 1947, ange-regt durch eine Notiz in der Zeitung, zur Aufnahmeprüfung für die Schauspielschule. Lucie Höflich, bekannt durch ihre jahrelange Arbeit am Deutschen Theater in Berlin, war jetzt Direktorin des Schauspiels und Leiterin der Schule. Er sprach vor - einen Monolog des Ferdinand aus Schillers „Kabale und Liebe“. Abends bekam er einen Anruf: „Willst Du bei uns anfangen? Wir nehmen Dich.“ Mellies schreibt: „Mit diesen zwei Sätzen hat die große Schauspielerin diese einzige, alles entscheidende Weiche für mein ganzes langes Leben gestellt.“ So war er von 1947 bis 1949 Schauspielschüler. Danach begann eine - so glaube ich - beispiellose Laufbahn und Karriere. Schwerin, Neustrelitz, Stralsund und dann ab 1956 das Deutsche Theater in Berlin. Dort hat er mit allen großen Schauspielern auf der Bühne gestanden, alle großen Regisseure erlebt. Über sehr viele von Ihnen schreibt er, mit vielen ist er befreundet.

Fast unglaublich liest sich das Verzeichnis seiner Theater-, Film- und Fernsehrollen. Hier eine zahlenmäßige Auswahl:
bis 1956 über 40

Herzliche Glückwünsche senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

Dr. Käthe Vogeler-Seelig in Rangsdorf zum 97. Geburtstag am 18.04.
Freimut Klein in Blankenfelde zum 88. Geburtstag am 01.05.
Gisela Schulz in Blankenfelde zum 86. Geburtstag am 01.05.
Jürgen Steinert in Zossen zum 71. Geburtstag am 01.05.
Gertraude Hummel in Dahlewitz zum 78. Geburtstag am 05.05.
Gisela Gutjahr in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 05.05.
Eberhard Hoeltke in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 07.05.
Luzie Frank in Mahlow zum 84. Geburtstag am 08.05.

Christel Hein in Zossen zum 75. Geburtstag am 23.04.
Bernhard Bartusch in Ludwigsfelde zum 80. Geburtstag am 24.04.
Reiner Stemmler in Ludwigsfelde zum 70. Geburtstag am 29.04.
Gerda Urban in Jüterbog zum 90. Geburtstag am 06.05.
Rainer Kottlewski in Luckenwalde zum 60. Geburtstag am 09.05.

1956 - 2001 über 50
1955 - 1989 Mitwirkung in 13 DEFA-Filmen
1957 - 1991 Mitwirkung in über 50 Fernsehspielen und -filmen des DDR-Fernsehens.

Dieses Verzeichnis kann man nur mit Staunen und Hochachtung lesen.

Ich kenne und liebe fast alle seine Filmrollen; mehr bewegt und berührt hat mich sein unmittelbares Spiel im Theater. So habe ich ihn gesehen in Stücken der Klassik (als Ferdinand



in „Kabale und Liebe“, im „Wallenstein“, im „König Lear“ von Shakespeare, im „Wilhelm Tell“, in Goethes „Iphigenie“).

Ebenfalls spielte er in Werken von Friedrich Wolff, Bernard Shaw, Henrik Ibsen, Anton Tschechow, Gerhard Hauptmann, um nur einige zu nennen.

Eine Besonderheit: in Lessings „Nathan der Weise“ spielte er 1958 die Rolle des Tempelherren, und ab 1987 stand er 325 Mal als Nathan auf der Bühne des Deutschen Theaters. 1999 erlebte ich ihn gemeinsam mit unserem Gastschüler Igor aus Moskau in dieser Rolle. Ergreifend, bewegend und überzeugend - die berühmte Ringparabel, Aufruf und Mahnung zur Toleranz der Religionen miteinander, zur Achtung anderer Auffassungen. Wie sieht es heute damit aus? Lessings Worte von 1779 können und müssen auch uns heute ins Stammbuch geschrieben werden, nicht nur in Bezug auf die Religion.

Otto Mellies schreibt über seine Frau und seine beiden Kinder, als Mitglied der SED über seine zustimmende, aber nicht kritiklose Haltung zur DDR und sieht genau, was uns die „Wende“ gebracht hat.

Fazit seiner Erinnerungen: „In Deutschland hat es seit sechseinhalb Jahrzehnten keinen Krieg mehr gegeben. Welch ein Glück für uns alle. Das Gebot der Liebe in allen Menschen guten Willens galt damals, wie es auch heute und in aller Zukunft gilt.“

Christa Zernick, Am Mellensee

Termine

11.04.12 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

08.05.12 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

China kennenlernen

Der Deutsch-Chinesische Freund-
schaftsverein e. V. Ludwigsfelde lädt
im Monat April 2012 zu folgenden
Veranstaltungen ein:

Am Dienstag, dem 17.04.2012,
um 19.00 Uhr findet in der
Walkmühle in Nuthe-Urstromtal,
OT Woltersdorf,
ein Vortrag zum Thema:
„Traditionelle chinesische Medizin,
neue Massagepraktiken“ statt.


China kennenlernen

Am Freitag, dem 27.04.2012,
um 17.00 Uhr werden
in der Gaststätte „Zur Kegelbahn“
in Ludwigsfelde
ein Vortrag und eine
Diskussionsrunde
über die Ergebnisse
des Volkskongresses
der Volksrepublik China angeboten.
Gäste sind herzlich willkommen. <



„Wir verändern – links wirkt“

22. Familienfest am 1. Mai 2012

DIE LINKE Teltow-Fläming
Boulevard Luckenwalde
14.00 Uhr Eröffnung durch Kornelia Wehlan, MdL
und Vorsitzende des Kreisverbandes
DIE LINKE. TF
Zwischen 14.00 und 18.00 Uhr
bei beliebter Live-Musik mit der
Gruppe „Phönix“ und dem
Luckenwalder Blasorchester, Showgruppen
und weiteren Überraschungen für Auge und Ohr
sowie der beliebten Tombola,
Kaffee und Kuchen,
Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CD´s
Abgeordnetenzentrum mit Vertretern aus
Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik,
Minibücher, Quiz mit Sachpreisen
Info-Stände von Vereinen,
Verbänden und Gewerkschaften
Für unsere kleinen Gäste:
Happy Bouncer Spieshow aus Potsdam sowie
der Mobile Fahrradparcour des VAB. e.V.
Für das leibliche Wohl sorgt das Team der
Gaststätte „Eckbusch“

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 14. März 2012, der nächsten Ausgabe: 11. April 2012

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: T. Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

25 Jahre...

... ist unsere Kreisschatzmeisterin,
Gabi Pluciniczak, mit ihrem Mann
Andreas verheiratet.
Der Kreisvorstand DIE LINKE. Tel-
tow-Fläming und die Redaktion des
LinksBlick gratulieren herzlichst.